

(SEXUAL)GEWALT

Maßnahmen gegen (Sexual) Gewalt

Erweiterung des Einsatzes der elektronischen Fußfessel bei Sexualstraftätern. Flächendeckende anonyme Spurensicherung	Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz für Opfer. Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Femizide	Anonyme Spurensicherung für Vergewaltigungsoffer	Anonyme Spurensicherung für Gewaltopfer	Sensibilisierung von Polizei, Gerichten, Ämtern und medizinischem Personal. Einführung des Begriffs „Femizid“. Präventionsprogramme für gewalttätige Männer. Gesetz gegen sexistische Werbung	kein Thema
---	--	--	---	---	------------

Frauenhäuser und Beratungsstellen für Missbrauchs-Opfer

kein Thema	Ausbau des Hilfesystems aus Frauenhäusern, Beratungsstellen u. a. Schutzeinrichtungen laut Istanbul-Konvention	„Deutlich mehr Frauenhausplätze schaffen“, Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt, Reform des Gewaltschutzgesetzes	„Bedarfsgerechter Ausbau von Frauenhausplätzen“ bei „bundeseinheitlicher Finanzierung“	„Bundeseinheitliche Pauschalfinanzierung“ von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen als Pflichtleistung	kein Thema
------------	--	--	--	--	------------

Prostitution und Menschenhandel

Verbot der Prostitution von Schwangeren und Heranwachsenden unter 21 bei Bestrafung der Freier. Vorgezogene Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes. Ausstieg stärker unterstützen	„Wir bekämpfen organisierte Kriminalität, insbesondere den Menschenhandel“.	Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel. Evaluation und Überarbeitung des Prostituiertenschutzgesetzes, Ziel: „Arbeitsbedingungen in der legalen Prostitution verbessern“. Hilfen zum Ausstieg	kein Thema	„Menschenhandel muss bekämpft werden, ohne die Betroffenen zu kriminalisieren und zu stigmatisieren.“ Medizinische und psychologische Betreuung, Rechtsbeistand, Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangeboten für Betroffene	kein Thema
--	---	--	------------	---	------------

Verbot der Leihmutterschaft

kein Thema	kein Thema	kein Thema	Ermöglichung der „nichtkommerziellen Leihmutterschaft“	Für ein Verbot der Leihmutterschaft.	„Wir wenden uns strikt gegen die Kommerzialisierung des Mutterleibes durch bezahlte Leihmutterschaften.“
------------	------------	------------	--	--------------------------------------	--

Maßnahmen gegen Frauenhass

Frauenfeindliche Straftaten in der Kriminalstatistik erfassen. „Lagebilder und Handlungsansätze für die Polizei.“	Strafbare Online-Hassreden effektiv bekämpfen	Erfassung von Femiziden und anderen Straftaten aus Frauenhass in der Kriminalstatistik	kein Thema	Anerkennung und juristische Verfolgung digitaler Gewalt gegen Frauen. Aufbau von Kompetenz in den Strafverfolgungsbehörden	kein Thema
---	---	--	------------	--	------------

Kampf gegen sexuellen Missbrauch + Kinderpornografie

Einsatz der Vorratsdatenspeicherung als „schärfste Waffe gegen Kinderpornografie“. Internetdienste müssen Täter-Daten an die Polizei geben.	„Bei hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten auf eine Straftat müssen Verdächtige identifiziert werden können.“	Keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung. „Schutz bei Kindeswohlgefährdung und sexualisierter Gewalt in Curricula für Jura, Medizin, Pädagogik und Polizei.“	„Wir lehnen die anlasslose Speicherung personenbezogener Daten ab.“	„Vorratsdatenspeicherung von IP-Verbindungen, Mobilfunkverbindungen und -standorten muss verboten werden.“	„Kindesentzug durch das Jugendamt nur in äußersten Ausnahmefällen.“
---	--	--	---	--	---

Recht auf Abtreibung

kein Thema	„Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht“, Abschaffung § 219a. Öffentlich geförderte Krankenhäuser müssen Abtreibung als Grundversorgung anbieten.	Schwangerschaftsabbruch nicht im Strafgesetzbuch regeln, § 219a streichen, ausreichende Versorgung mit ÄrztInnen/Kliniken, die Abtreibungen vornehmen	Streichung des § 219a	Streichung der Paragraphen 218 bis 219b	„Wir lehnen alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären.“
------------	---	---	-----------------------	---	---

TRANSEXUALITÄT

kein Thema	„Kein Gericht soll mehr über die Anpassung des Personenstandes entscheiden. Psychologische Gutachten zur Feststellung der Geschlechtsidentität werden wir abschaffen.“	Änderung des Geschlechtseintrags „ohne psychologische Zwangsgutachten“. „Den Anspruch auf medizinische körperangleichende Maßnahmen wollen wir gesetzlich verankern.“	„Änderungen des Geschlechtseintrags müssen ohne diskriminierende Hürden grundsätzlich per Selbstauskunft möglich sein.“	Selbstbestimmter Geschlechtseintrag. Vornamens- und Personenstandsänderung mit einfacher Erklärung beim Standesamt – „ohne die bisherigen Zwangsberatungen, Gutachten, ärztlichen Atteste und Gerichtsverfahren“.	„Geschlechtsumwandlungen bei Kindern und Jugendlichen lehnen wir ab. Eine so schwerwiegende Entscheidung darf nur mit der Reife und Einsichtsfähigkeit des Erwachsenenalters getroffen werden.“
------------	--	---	---	---	---

ISLAMISMUS + RECHTSEXTREMISMUS

Burkaverbot und Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst

kein Thema	kein Thema	kein Thema	kein Thema	„Sowohl das Verbot von Kopftüchern wie der Zwang dazu wären eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen.“	Kopftuchverbot im Öffentlichen Dienst und für Lehrerinnen und Schülerinnen. Burka und Niqab in der Öffentlichkeit verbieten
------------	------------	------------	------------	--	---

Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland

„Mehr Transparenz bei ausländischen Geldgebern herstellen“	kein Thema	kein Thema	„Ziel muss es sein, dass Glaubensgemeinschaften nicht aus dem Ausland gesteuert und finanziert werden.“	kein Thema	„Die Finanzierung von Moscheen in Deutschland durch islamische Staaten wollen wir gesetzlich verbieten.“
--	------------	------------	---	------------	--

Islamischer Religionsunterricht

Imame in Deutschland und in deutscher Sprache ausbilden	kein Thema	„Imam*innenausbildung in Deutschland ist dringend notwendig“	Ausbildung von Imamen in Deutschland „ein wichtiger Schritt“	kein Thema	Kein „bekenntnisgebundener“ Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Überprüfung aller Moscheevereine auf Verfassungsfeindlichkeit
---	------------	--	--	------------	---

Islamismus

„Der Islamismus ist eine extremistische politische Ideologie. Wir bekämpfen ihn mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates.“	„Wo Religionsfreiheit missbraucht wird und in religiösen Fanatismus umschlägt, müssen staatliche Sicherheitsbehörden konsequent eingreifen.“	Aussteigerprogramme für Menschen aus der rechtsextremistischen und islamistischen Szene, Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk	Gemeinsame Präventionsstrategie von Bund und Ländern gegen islamistische Radikalisierung. Verbindliche Standards für Prävention und Deradikalisierung	Verfassungsschutz auflösen und durch „unabhängige Beobachtungsstelle“ ersetzen, die auch „religiösen Fundamentalismus“ beobachten soll	Verbot islamischer Vereine, die sich gegen das Grundgesetz richten, wie z. B. die Muslimbruderschaft. Keine Anwendung der Scharia in der deutschen Rechtsprechung
--	--	--	---	--	---

Rassismus und Antisemitismus

„Rechtsextremismus bleibt die größte Bedrohung für unsere offene Gesellschaft“	„Wir werden nachdrücklich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit vorgehen.“	Schutz vor Rassismus in der Verfassung. Straftaten gegen Schwarze Menschen explizit ausweisen. Entschlossene Ahndung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle	Verbot rechtsextremer Vereinigungen. Intensivierung der Beobachtung rechtsextremer Gefährder. Prüfung des Verbots des Al-Quds-Marsches in Berlin. Härtere Sanktionen für das Verbrennen von Israel-Fahnen	Bundesministerium für Migration und Partizipation, Bundesantidiskriminierungsgesetz (BADG) zum Schutz vor Diskriminierung durch staatliche Stellen. Antirassismus-Beauftragte*r	„Angriffe auf Juden sowie antisemitische Beleidigungen müssen konsequent strafrechtlich geahndet werden. Die Al-Quds-Tage in Berlin, wo Demonstranten die Zerstörung Israels fordern, sind dauerhaft zu verbieten.“
--	--	---	---	---	---

Integration von MigrantInnen und Geflüchteten

Verbindliche Sprachförderung für Kinder, digitale Angebote zum Spracherwerb für Frauen + niedrigschwellige Beratungsangebote	„Recht auf Sprach- und Integrationskurse ab Tag eins“, Recht auf sofortigen Kita-Besuch, dauerhaftes Bleiberecht für gut integrierte Menschen	Sofortiges Recht auf Sprach- und Integrationskurse besonders für Frauen, Einbürgerung nach fünf Jahren sowie doppelte Staatsbürgerschaft	Sprach- und Integrationskurse vom ersten Tag an flächendeckend und kostenlos. Ziel: „Respekt vor unserer Rechtsordnung und der Gleichheit von Frau und Mann.“ Einbürgerung nach vier Jahren. Doppelte Staatsbürgerschaft	Einbürgerung nach fünf Jahren sowie doppelte Staatsbürgerschaft möglich	kein Thema
--	---	--	--	---	------------

BERUF

Frauen im Beruf/in Führungspositionen/Parität

Mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen/paritätische Besetzung der Wahllisten	Parität in den Führungsebenen aller börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen, „wirksame Sanktionen“, Paritätsgesetze für Bundestag, Länder + Kommunen	Paritätsgesetz im Bund, ein Drittel der Vorstandsposten bei börsennotierten und großen Unternehmen an Frauen, 40 % Frauen in Aufsichtsräten	„Statt starrer Quoten setzen wir uns für Selbstverpflichtungen ein.“	Paritätsgesetz. Quoten kein Thema	„Frauenquoten betrachten wir als eine Form der Diskriminierung.“ „Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen.“
--	---	---	--	-----------------------------------	--

Schließung des Gender-Pay-Gaps

Beseitigung des „nicht akzeptablen Einkommensgefälles bei gleicher Arbeit“. Evaluation der Wirkung des Entgelt-Transparenzgesetzes	„Wir werden das Entgelttransparenzgesetz weiterentwickeln“: Ungleiche Entlohnung soll beseitigt werden, „ohne dass Betroffene sich selbst darum kümmern müssen.“	Entgeltgleichheitsgesetz auch für kleine Betriebe plus Verbandsklagerecht, Recht auf Rückkehr in Vollzeit auch in kleineren Betrieben	Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren Gender-Pay-Gap auswerten und veröffentlichen, „eigenverantwortliche Lösung des Problems“	Entgelttransparenzgesetz durch ein Verbandsklagerecht ergänzen, damit Gewerkschaften gleiche Entgelte einklagen können.	kein Thema
--	--	---	--	---	------------

Frauentypische „Minijobs“

„Minijobs bedeuten Flexibilität.“ Erhöhung der Minijob-Grenze von 450 auf 550 €	„Alle Beschäftigungsverhältnisse in soziale Sicherung einbeziehen“	Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln	Minijob-Grenze erhöhen und dynamisch an den gesetzlichen Mindestlohn koppeln	Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse überführen	kein Thema
---	--	---	--	--	------------

Aufwertung von „Frauenberufen“

kein Thema	„Soziale Arbeit aufwerten“ durch Erhöhung der Mindestlöhne in der Pflege, neuer Personalschlüssel in der Pflege. Nachwuchskräfte in Erziehungsberufen bis 2030 verdoppeln durch „attraktive, vergütete und schulgeldfreie Ausbildung“	„Bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung“ für Berufe, die „vor allem von Frauen ausgeübt werden“. „Bedarfsgerechte Personalbemessung“ in der Pflege. Pflegeversicherung soll nur noch mit Anbietern arbeiten, die Tariflöhne zahlen.	Bedarfsgerechte Personalbemessung in der Pflege	Je 100.000 Pflegekräfte mehr in Krankenhäusern und Pflegeheimen, 500 € mehr Grundgehalt. „Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen für Sozial- und Erziehungsberufe“	„Leistungsgerechte, angemessene Bezahlung der Pflegekräfte über einen Flächentarifvertrag“, bundeseinheitliche Personaluntergrenze für Pflegeeinrichtungen
------------	---	---	---	--	--

Mindestlohn

kein Thema	Erhöhung auf mindestens 12 €	Erhöhung auf 12 €, danach Anstieg wie Tariflöhne	kein Thema	Erhöhung auf 13 €	Pro Mindestlohn, Erhöhung kein Thema
------------	------------------------------	--	------------	-------------------	--------------------------------------

Bekämpfung der Altersarmut bei Frauen

„Wir gehen die Unterschiede in der Altersversorgung von Frauen und Männern an.“	kein Thema	„Eigenständige Absicherung von Frauen in allen Lebensphasen“	kein Thema	Solidarische Mindestrente von 1.200 €. Höherbewertung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten. Drei Entgeltpunkte für jedes Kind	kein Thema
---	------------	--	------------	---	------------

FAMILIE & LEBENSFORMEN

Abschaffung des Ehegattensplittings

„Wir halten am Ehegattensplitting fest.“	„Wir werden das Ehegattensplitting bei neugeschlossenen Ehen verändern.“	„Individuelle Besteuerung bei neugeschlossenen Ehen“	„Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten.“	„Das Ehegattensplitting werden wir durch familien- und geschlechtergerechte Steuermodelle ersetzen.“	Familienplitting mit Anhebung des Kinderfreibetrags
--	--	--	--	--	---

Ausbau der Kinderbetreuung

„Wir werden den Kita-Ausbau und die Entwicklung der Qualität auch über 2022 hinaus weiter fördern.“ Ganztagsbetreuung kein Thema	Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Unterstützung der Länder beim weiteren Ausbau von Kitas und Ganztagsbetreuung	Engagement des Bundes beim Platzausbau weiterführen, Bundesqualitätsgesetz mit u. a. Betreuungsschlüssel 1:4 (unter Dreijährige), 1:9 (über Dreijährige)	Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab Ende des Mutterschutzes, Betreuungszeiten flexibilisieren, steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten. Betriebskindergärten steuerlich fördern	Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung für alle Altersgruppen, Rechtsanspruch auf Ganztagsplatz in Kita. Betreuungsschlüssel 1:3 (unter Dreijährige) und 1:8 (über Dreijährige)	Betreuungsgeld als Lohnersatzleistung in den ersten drei Lebensjahren. „Bei Kindern unter drei Jahren ist eine Fremdbetreuung mit Entwicklungsrisiken verbunden.“
---	---	--	--	--	--

Elternzeit

Statt bisher zwei künftig vier Partnermonate, wenn Vater und Mutter Elternzeit nehmen (insgesamt: 16 Monate)	Zwei Wochen Elternzeit direkt nach der Geburt, zehn Monate ElterngeldPlus (200 – 900 €), wenn beide Elternteile teilzeit arbeiten	Zwei Wochen Elternzeit direkt nach der Geburt, Ausweitung auf 24 Monate: 8 pro Elternteil + 8 flexibel, möglich bis zum 14. Lebensjahr	Zehn Tage „Partnerschutz“ direkt nach der Geburt, „Partnermonate“ auf drei erhöhen (Elternzeit insgesamt: 15 Monate)	Zehn Tage bezahlte Freistellung für den zweiten Elternteil nach der Geburt des Kindes. Elterngeldanspruch auf 12 Monate pro Elternteil erhöhen. Der Elterngeldanspruch ist nicht auf den anderen Elternteil übertragbar.	kein Thema
--	---	--	--	--	------------

Unterstützung alleinerziehender Mütter

Erhöhung des Kinderfreibetrages von 4.008 auf 5.000 €	Kindergrundsicherung, Erhöhung der Kinderkrankentage auf 90, zehn Monate ElterngeldPlus bei Teilzeitarbeit	Kindergrundsicherung: Neuermittlung des Bedarfs, GarantiePlus-Betrag für bedürftige Familien, 30 Tage Kinderkrankengeld pro Jahr	Freibetrag für Alleinerziehende anheben, „Partnerschutz“ nach der Geburt auf andere Person übertragbar	Kindergrundsicherung von 328 – 630 €	Gemeinsames Sorgerecht ab Geburt auch bei nichtehelichen Kindern
---	--	--	--	--------------------------------------	--

Regenbogenfamilien

kein Thema	„Modernes Abstammungsrecht“, Rechtsmodell der „Verantwortungsgemeinschaft“ nach Vorbild des französischen PACS	„Kleines Sorgerecht“ für bis zu zwei Erwachsene neben den Eltern, Reform des Abstammungsrechts „Pakt für das Zusammenleben“ als neue Rechtsform	Mehrelternschaften mit bis zu vier Elternteilen rechtlich anerkennen. „Verantwortungsgemeinschaft“ für mehrere nicht verheiratete Personen. „Die Ehefrau der leiblichen Mutter soll von Geburt an automatisch rechtlich zweite Mutter sein.“	Reform des Abstammungsrechts: Benachteiligungen von lesbischen und schwulen Ehen beseitigen, „Wahlverwandtschaftsrecht“ für mehrere Personen	„Die Familie besteht aus Vater, Mutter und Kindern.“
------------	--	---	--	--	--

Pflegezeit

kein Thema	Familienpflegezeit: 15 Monate bei Arbeitszeitreduzierung auf 15 – 20 Stunden	PflegeZeit Plus: Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg	Mehr Plätze in der Kurzzeitpflege zur Entlastung pflegender Angehöriger	Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung	kein Thema
------------	--	--	---	---	------------

Versorgung mit Hebammen

„Wohnortnaher Weg zu Hebammen“	Betreuungsschlüssel für Hebammen: Eins-zu-eins-Betreuung im Kreißaal	Eins-zu-eins-Betreuung, Reform der Haftpflicht	Eins-zu-eins-Betreuung. Hebammen vor „unverhältnismäßigen finanziellen Belastungen schützen“	kein Thema	kein Thema
--------------------------------	--	--	--	------------	------------